

# Die Subjektivierung des Verwaltungsrechts

Dargestellt anhand der Entwicklung  
der Ermessensansprüche innerhalb der ersten  
zwei Nachkriegsjahrzehnte

Von

Tanja Schmidt



Duncker & Humblot · Berlin

# Inhaltsverzeichnis

## *1. Teil*

<b>Einführung in die Untersuchung</b>	23
<b>§ 1 Subjektivierungsthematik</b>	23
I. Begriff der Subjektivierung	23
1. Subjektivierung im Verwaltungsrecht	23
2. Entwicklung des Subjektivierungsbegriffs	24
II. Dimensionen der Subjektivierung	27
1. Staatstheoretische Verflechtungen der Subjektivierung	27
a) Verstärkung des Rechtsstaatsgedankens	27
b) Funktionsbestimmung der Staatsgewalten	28
c) Positionierung des Einzelnen gegenüber dem Staat	28
2. Konkrete Auswirkungen auf das Verwaltungsrecht	28
a) Unmittelbare Grundrechtsgeltung als Verstärkung des Subjektivierungsgedankens	29
b) Subjektivierung im Teilbereich des Verwaltungsermessens	29
<b>§ 2 Untersuchungsumfang</b>	30
I. Fragestellung der Arbeit	30
II. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes	31
1. Phänomen des subjektiv öffentlichen Rechts	31
2. Phänomen des Ermessens	32
3. Untersuchungszeitraum und -materialien	33
4. Dichte der Darstellung	33
III. Grundlegende Vorarbeiten	34
IV. Kommentierung der Themenauswahl	35
1. Forschungsdefizit im verwaltungsrechtshistorischen Bereich	35
2. Aktualität der untersuchten rechtsgeschichtlichen Problematik	35
3. Subjektives Recht als Schnittstelle zwischen Verfassungs- und Verwaltungsrecht	36
V. Aufbau der Arbeit	37

## *2. Teil*

<b>Zusammenspiel von subjektiv öffentlichem Recht und Ermessen</b>	39
<b>§ 3 Wandel des Verhältnisses von subjektiv öffentlichem Recht und Ermessen im Überblick</b>	39

I.	Veränderungen im rechtsdogmatischen Zusammenwirken von subjektiv öffentlichem Recht und Ermessen .....	39
II.	Abriss der dogmengeschichtlichen Entwicklung .....	40
1. Abschnitt		
	<b>Rechtsslage im klassischen Verwaltungsrecht</b>	42
<b>§ 4</b>	<b>Die Epoche des klassischen Verwaltungsrechts</b> .....	42
I.	Notwendige Begriffsklärung .....	43
II.	Zeitliche Dimension .....	44
III.	Methodische und inhaltliche Grundzüge .....	45
IV.	Bedeutung des klassischen Verwaltungsrechts .....	46
<b>§ 5</b>	<b>Rechtsstellung des Einzelnen im klassischen Verwaltungsrecht</b> .....	47
I.	Entwicklungsskizze der Lehre vom subjektiv öffentlichen Recht .....	47
1.	Stellung des Einzelnen in vorkonstitutioneller Zeit .....	48
2.	Entwicklung des subjektiv öffentlichen Rechts in der Rechtswissenschaft .....	49
a)	Erstmalige Erwähnung subjektiv öffentlicher Rechte bei <i>Gerber</i> ..	49
b)	<i>Labands</i> Rolle als Wegbereiter .....	50
c)	Eingliederung der subjektiv öffentlichen Rechte in das System des Verwaltungsrechts .....	50
d)	Dogmatische Bearbeitung durch <i>Georg Jellinek</i> .....	51
e)	<i>Bühlers</i> Habilitationsschrift als vorläufiger Endstand der Entwicklung .....	51
3.	Stagnation in der Weimarer Republik .....	52
4.	Entwertung des subjektiv öffentlichen Rechts unter dem Nationalsozialismus .....	53
II.	Rechtsmethodischer und staats theoretischer Hintergrund .....	54
1.	Positivismus als Rechtsmethode .....	54
a)	Konstruktion des subjektiv öffentlichen Rechts in Anlehnung an das Privatrecht .....	54
b)	Entdeckung der Figur des Rechtsverhältnisses zwischen Staat und Bürger .....	55
c)	Abkehr von einer naturrechtlichen Begründung subjektiver Rechte .....	57
2.	Spannungen zwischen monarchischem Staatsverständnis und liberalem Rechtsstaatlichkeitsstreben .....	58
a)	Hohes Vertrauen in die Stabilität subjektiver Rechte trotz ihrer Gesetzesabhängigkeit .....	59
b)	Politische Neutralität als Folge eines wirtschaftlichen Sicherungsbedürfnisses .....	61
c)	Rechtsstellung des Bürgers als Kompromiss .....	62
III.	Konsenspunkte über das Wesen des subjektiv öffentlichen Rechts .....	63
1.	Zwingender Rechtssatz .....	64

2. Notwendigkeit eines rechtlich geschützten Interesses .....	64
3. Möglichkeit einer gerichtlichen Durchsetzung .....	64
IV. Zusammenfassung .....	65
<b>§ 6 Grundzüge der Ermessenslehre im klassischen Verwaltungsrecht .....</b>	<b>66</b>
I. Rechtswissenschaftliche Erörterung der Ermessensproblematik .....	66
1. Rechtsbindung der Verwaltung als Konsequenz des Rechtsstaats- prinzips .....	67
2. Skizzierung der spätkonstitutionellen Ermessenslehre .....	68
3. Intensivierte Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik .....	69
4. Rückschritte im nationalsozialistischen Verwaltungsrecht .....	71
II. Folgewirkungen der Entstehung der Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	71
1. Gerichtliche Ermessensüberprüfung seit dem 19. Jahrhundert .....	72
2. Ermessensrechtsprechung in der Weimarer Republik .....	73
III. Staatstheoretische Bedingtheit der Ermessenslehren .....	73
IV. Zusammenfassung .....	75
<b>§ 7 Wechselwirkungen zwischen subjektiv öffentlichem Recht und Ermessen .....</b>	<b>76</b>
I. Stand der juristischen Dogmatik .....	76
1. Gegensätzlichkeit von Ermessen und Rechtsbindung zu Beginn des klassischen Verwaltungsrechts .....	76
2. Weiterentwicklung der Ermessensfehlerlehre in der Weimarer Republik .....	77
II. Zusammenfassung .....	78

2. Abschnitt

**Rechtslage im aktuellen Verwaltungsrecht** 79

<b>§ 8 Grundlegende Veränderungen des Verwaltungsrechts .....</b>	<b>79</b>
I. Relevanz verfassungsrechtlicher Neuerungen .....	80
II. Wesentliche Änderungen des Verfassungsrechts .....	81
1. Fortentwicklung zum materiellen Rechtsstaat .....	81
a) Formeller Rechtsstaatsbegriff .....	82
b) Wandlung zum materiellen Rechtsstaat .....	82
2. Sicherung der Rechtsbindung über die Einrichtung der Verfassungs- gerichtsbarkeit .....	84
3. Vorrang der Verfassung und Verfassungsabhängigkeit des einfachen Rechts .....	84
III. Auswirkungen des subjektiv-rechtlich orientierten Verfassungsrechts auf das Verwaltungsrecht .....	86
1. Grundrechte als Freiheitsgarantien .....	86
2. Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung als Ausfluss des rechtsstaatlichen Verfassungsprinzips .....	88
3. Ausbau der Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit nach 1945 .....	89
IV. Zusammenfassung .....	90

<b>§ 9 Lehre des subjektiv öffentlichen Rechts nach 1945</b> .....	91
I. Bedeutungen des subjektiven Rechts und bekannte Definitionsschwierigkeiten .....	91
II. Die neue Dimension der unmittelbaren Grundrechtsgeltung .....	93
1. Staatstheoretischer Hintergrund des Bonner Grundrechtskatalogs ...	93
a) Objektiv-rechtliche Bedeutung der Grundrechte und ihr Gehalt als Wertentscheidung .....	93
b) Menschenbild des Grundgesetzes .....	94
2. Beeinflussung der Lehre vom subjektiv öffentlichen Recht durch die Grundrechtsdogmatik .....	95
a) Verhältnis der Grundrechte zu den subjektiv öffentlichen Rechten	95
b) Verdrängung des subjektiv öffentlichen Rechts als Folge eines Lehrendualismus .....	97
c) Legislative Ausgestaltung des subjektiv öffentlichen Rechts innerhalb grundrechtlicher Direktiven .....	98
III. Verfassungsrechtliche Modifizierungen der Definition des subjektiv öffentlichen Rechts .....	99
1. Redundanz der Kriterien des zwingenden Rechtssatzes und der Rechtsmacht .....	100
2. Fokussierung auf den Schutzwillen des Gesetzgebers .....	102
3. Kritische Würdigung der Schutznormtheorie .....	104
IV. Bedeutungswandel des subjektiv öffentlichen Rechts nach 1949 .....	105
1. Grenzziehung zwischen Exekutive und Judikative .....	105
2. Abgrenzung der Recht- und Machtsphären von Staat und Bürger ...	106
V. Kritische Bestandsaufnahme und Perspektiven des subjektiven Rechts ..	107
<b>§ 10 Ermessenslehre nach 1945</b> .....	108
I. Begriff und Wesen des Ermessens .....	108
1. Beschränkung des Untersuchungsgegenstandes „Ermessen“ .....	109
2. Unabhängigkeit als Hauptcharakteristikum des Ermessens .....	109
3. Materiell-rechtliche Betrachtungsweise der Ermessensproblematik ..	110
II. Einführung in die aktuellen Ermessenslehren .....	110
1. Übersicht über die verschiedenen Definitionsansätze des Ermessens	111
a) Bestimmung anhand der Normstruktur .....	111
b) Bestimmung anhand der Ermächtigung zur Normkonkretisierung	111
c) Bestimmung anhand der eingeschränkten gerichtlichen Überprüfbarkeit .....	112
2. Hauptfunktionen des Ermessens .....	113
III. Bedeutung der Gesetzmäßigkeit des Verwaltungshandelns .....	113
1. Gestufte Rechtsbindung des Verwaltungsermessens .....	114
2. Begründung und Beschreibung der rechtlichen Bindung .....	115
3. Verfassungsmäßigkeit der Ermessenseinräumung .....	115
IV. Überblick über Grenzen und Fehler der Ermessensausübung .....	118
1. Ermessensmangel .....	118

2. Ermessensfehlgebrauch .....	119
3. Ermessensüberschreitung .....	119
V. Zusammenfassung .....	120
<b>§ 11 Wechselwirkungen zwischen subjektiv öffentlichem Recht und Ermessen</b> .....	<b>121</b>
I. Ermessensreduktion durch subjektive Rechte .....	122
1. Rechtstheoretische Begründung der Einschränkung .....	122
2. Gefahr einer Überdehnung der Ermessensreduktion .....	123
II. Entwicklung subjektiv öffentlicher Rechte im Ermessensbereich .....	124
1. Anspruch auf eine fehlerfreie Ermessensentscheidung .....	124
a) Rechtsgrundlage .....	125
b) Tatbestand .....	125
c) Anspruchsinhalt .....	126
2. Anspruch auf eine inhaltlich bestimmte Ermessensentscheidung ....	126
a) Rechtsgrundlagen .....	127
b) Tatbestand .....	127
c) Anspruchsinhalt .....	128
III. Zusammenfassung .....	129

3. Teil

**Entwicklung des formellen zum materiellen  
subjektiv öffentlichen Recht** 131

<b>§ 12 Unterteilung in formelle und materielle subjektiv öffentliche Rechte</b> ...	<b>131</b>
I. Einteilungsmöglichkeiten der subjektiv öffentlichen Rechte .....	131
1. Unterscheidung nach der Rechtsschutzmöglichkeit .....	132
2. Unterscheidung nach dem Inhalt des Rechtsanspruchs .....	132
3. Fortentwicklung der <i>Bühlerschen</i> Unterscheidung unter dem Grundgesetz .....	134
4. Unterscheidung nach dem Grad der rechtlichen Gebundenheit der Verwaltungsentscheidung .....	135
II. Kritische Bewertung der Einteilungsmöglichkeiten .....	135
1. Beurteilung der Unterscheidung nach dem Grad der rechtlichen Gebundenheit .....	136
2. Beurteilung der Unterscheidung nach dem Anspruchsinhalt .....	136
a) Wesen des subjektiv öffentlichen Rechts als rein formelles Recht .....	136
b) Wesen des subjektiv öffentlichen Rechts als rein materielles Recht .....	137
c) Entscheidung für die Einteilung nach dem Anspruchsinhalt des subjektiven Rechts .....	138
III. Zusammenfassung .....	138

## I. Abschnitt

	<b>Entstehung des formellen subjektiv öffentlichen Rechts</b>	140
<b>§ 13 Ursprünge des Anspruchs im Verwaltungsrecht der Weimarer Republik</b>		140
I.	Frühe Ansätze zur Konstruktion des formellen subjektiv öffentlichen Rechts	141
	1. <i>Walter Jellineks</i> Vorarbeit	141
	2. Scheidung des formellen vom materiellen subjektiven Recht durch <i>Bühler</i>	142
	3. Rezension <i>Bühlers</i> durch <i>Jellinek</i>	143
	4. Anerkennung durch <i>Richter</i>	143
	5. Wiederaufnahme in <i>Jellineks</i> Verwaltungslehre	144
II.	Typische Probleme der dogmatischen Anspruchskonstruktion	145
	1. Einbindung des Ermessens in den Rechtsstaat	145
	2. Funktion des Ermessens	145
	3. Funktion der Verwaltung	146
	4. Auswirkungen der Dichotomie auf die Ermessensfehlerlehren	146
	5. Vergleich mit dem aktuellen formellen Ermessensanspruch	147
III.	Zusammenfassung	148
<b>§ 14 Das formelle subjektiv öffentliche Recht nach Kriegsende</b>		148
I.	Übergangsrechtliche Situation für die Überprüfbarkeit der Ermessensakte	149
	1. Gesetzliche Regelung der Klagebefugnis	150
	2. Voraussetzungen der Klagebefugnis	152
II.	Recht auf fehlerfreie Ermessensausübung in der Rechtswissenschaft	153
III.	Inhalte der ersten landesverwaltungsgerichtlichen Entscheidungen	155
IV.	Zusammenfassung	156
<b>§ 15 Das formelle subjektiv öffentliche Recht unter dem Bonner Grundgesetz</b>		157
I.	Indirekte inhaltliche Anerkennung um 1950	157
	1. Zurückhaltende und uneinheitliche Aussagen der Rechtsprechung	157
	2. <i>Otto Bachofs</i> Neukonstruktion des Ermessensanspruchs	159
II.	Explizite Nennung des formellen subjektiv öffentlichen Rechts ab 1951	160
	1. Intensivierte Rechtsprechungstätigkeit	160
	2. Zustimmungende Grundhaltung der Literatur	162
III.	Auseinandersetzung um die Rechtsfigur des formellen subjektiv öffentlichen Rechts ab 1952	163
	1. Ablehnende Position des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs	163
	a) Argument der fehlerhaften Anspruchskonstruktion	163
	b) Argument des fehlenden Bedarfs an einem formellen subjektiven Recht	164
	c) Auflösung der Einsprüche des Verwaltungsgerichtshofs	165
	d) Entscheidungspraxis der Folgejahre	166

2. Meinungsverschiedenheiten innerhalb der rechtswissenschaftlichen Literatur .....	167
IV. Weitreichende Anerkennung des formellen subjektiv öffentlichen Rechts	169
1. Überblick über die landes- und bundesverwaltungsgerichtliche Rechtsprechung .....	170
2. Verfestigung des subjektiven Rechts in der Literatur .....	172
V. Zusammenfassung .....	173
<b>§ 16 Rechtsgrundlagen und Tatbestandsvoraussetzungen des formellen Ermessensanspruchs</b> .....	175
I. Schwacher Aussagewert gerichtlicher Äußerungen .....	176
1. Fehlende Begründung des formellen subjektiv öffentlichen Rechts ..	176
2. Vermeintliche Propagierung eines allgemeinen formellen subjektiv öffentlichen Rechts .....	178
II. Betroffenheit als Kriterium einer Rechtsinhaberschaft .....	180
III. Bestimmung von subjektiven Rechten über die Schutznormtheorie .....	182
1. Entwicklung der Schutznormtheorie in der Rechtswissenschaft .....	182
a) Erarbeitung der Grundsätze durch <i>Bachof</i> .....	183
b) Positive Rezeption des Schutzzweckgedankens .....	183
2. Aufnahme der Schutznormtheorie in der Rechtsprechung .....	185
3. Wahrnehmung der Schutznormtheorie unter dem besonderen Aspekt der spezialgesetzlichen Grundlage .....	187
IV. Grundrechte als Rechtsgrundlage des formellen subjektiv öffentlichen Rechts .....	188
1. Divergierende Ansichten in der rechtswissenschaftlichen Literatur ..	188
2. Unterschiedliche Entscheidungspraxis der Bundesgerichte .....	191
a) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	191
b) Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts .....	192
3. Beurteilung der anspruchsbegründenden Tauglichkeit der Grundrechte .....	193
V. Gleichbehandlungsgrundsatz als Rechtsgrundlage des formellen subjektiv öffentlichen Rechts .....	196
1. Sympathien für Art. 3 Abs. 1 GG in der Literatur .....	196
2. Konsequente Ablehnung durch die Rechtsprechung .....	198
3. Beurteilung einer Geeignetheit von Art. 3 Abs. 1 GG als Anspruchsgrundlage .....	199
VI. Weitere Begründungsansätze der Literatur .....	201
1. Rechtsstellung als Verfahrensbeteiligter .....	201
2. Formelles Hauptgrundrecht des Art. 19 Abs. 4 GG .....	202
3. Grundsatz einer gesetzmäßigen Verwaltung nach Art. 20 Abs. 3 GG	203
VII. Zusammenfassung .....	203
<b>§ 17 Das formelle subjektiv öffentliche Recht als Symptom der Subjektivierung der Ermessenslehre</b> .....	205
I. Bestimmung des Anspruchsinhalts durch die Ermessensfehlerlehre .....	205



II. Grundtendenz einer Verengung der Ermessensgrenzen .....	206
III. Auswirkungen der Subjektivierung auf die Ermessensgrenzen .....	206
1. Ermessensreduktion aufgrund einer unmittelbaren Geltung von subjektiven Rechten .....	207
2. Ermessensreduktion aufgrund einer mittelbaren Geltung von subjektiven Rechten .....	207
a) Entwicklung individualrechtsschützender Prinzipien .....	208
b) Abwägungsfaktor der subjektiven Idee in der Ermessensentscheidung .....	208
IV. Zwei Dimensionen der Subjektivierung der Ermessenslehre .....	209

## 2. Abschnitt

### **Entstehung des materiellen subjektiv öffentlichen Rechts** 209

<b>§ 18 Einführung in die Thematik des materiellen subjektiv öffentlichen Rechts</b> .....	210
I. Rechtstheoretische Konzeption .....	210
1. Strikte Verpflichtung der Behörde .....	210
a) Ermessensreduktion auf Null als Voraussetzung eines materiellen subjektiv öffentlichen Rechts .....	211
b) Zum Rechtsinstitut der konkreten Ermessensreduktion auf Null ..	211
2. Übertragbarkeit der Grundsätze der subjektiven Berechtigung des Einzelnen .....	212
3. Rechtskonstruktives Verhältnis von materiellem und formellem Recht	213
4. Anmerkung zur Prüfung und Darstellung des materiellen Rechts ...	214
II. Schwierigkeiten der Begriffsbestimmungen .....	214
1. Bezeichnung als Ermessensreduktion auf Null .....	215
2. Bezeichnung als materieller Anspruch auf eine bestimmte Ermessensentscheidung .....	215
III. Prozessuale Durchsetzbarkeit .....	216
IV. Rechtstheoretische Wesentlichkeit des materiellen Anspruchs trotz seiner Praxisirrelevanz .....	217
V. Sicherheitsrecht als praktischer Hauptanwendungsbereich .....	218
1. Nähe des materiellen Anspruchs zu polizeirechtlichen Fragestellungen	219
2. Zur Verallgemeinerungsfähigkeit von im Polizeirecht gewonnenen Ergebnissen .....	219
<b>§ 19 Nichtexistenz eines materiellen subjektiv öffentlichen Rechts vor der Grundgesetz Einführung</b> .....	221
I. Amtshaftungsrechtsprechung des Reichsgerichts .....	221
1. Grundzüge der Zivilrechtsprechung .....	221
2. Dogmatische Grundlegung durch <i>Jellineks</i> Schädlichkeitsgrenze ....	223
II. Ablehnende Haltung der frühen Verwaltungsrechtsprechung .....	225

III. Ursachen der Unübertragbarkeit amtshaftungsrechtlicher Grundsätze auf das Verwaltungsrecht .....	225
1. Kategorisierung in gebundene und ungebundene Verwaltung .....	226
2. Schutzzweckausrichtung von Ermessensnormen an öffentlichen Belangen .....	226
3. Die rechtspraktisch notwendige Voraussetzung der Verpflichtungsklage .....	227
IV. Zusammenfassung .....	228
<b>§ 20 Das materielle subjektiv öffentliche Recht nach 1945 .....</b>	<b>229</b>
I. Theoretische Grundlegung durch <i>Otto Bachof</i> .....	229
II. Aufgreifen der Thematik in der Verwaltungsrechtsprechung der Länder ..	230
1. Fortschrittliche Entscheidungen auf landesverwaltungsgerichtlicher Ebene .....	231
a) Erstes Aufkeimen der Idee vom Anspruch auf bestimmte Ermessensentscheidung .....	231
b) Inhaltliche Aussagen der Landesverwaltungsrechtsprechung nach 1949 .....	232
c) Geringe Erfolgsquote der Vornahmeklagen .....	233
d) Auffällige Bedeutungslosigkeit des prozessualen Aspekts .....	234
e) Spezielle Anwendungsgebiete im Verwaltungsrecht .....	234
f) Bewertung der positiven landesgerichtlichen Entscheidungen ...	235
2. Normalfall einer Ablehnung des Verpflichtungsanspruchs .....	235
3. Blick auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts .....	236
III. Billigung in der verwaltungsrechtlichen Literatur .....	237
IV. Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Bandsäge-Fall .....	238
V. Widerstreitende Reaktionen in Rechtsprechung und Literatur .....	240
1. Das restriktive Privatweg-Urteil des Verwaltungsgerichts Minden ...	240
2. Streifzug durch die rechtswissenschaftliche Kritik .....	242
VI. Anerkennung des materiellen subjektiv öffentlichen Rechts als richterrechtliches Institut .....	243
1. Fortführung der Bundesverwaltungsgerichtsrechtsprechung .....	243
2. Bestätigung durch die Literatur .....	244
VII. Angezweifelte Automatismen im Entwicklungsprozess des materiellen Ermessensanspruchs .....	245
<b>§ 21 Anspruchskonstruktionen der Zivil- und der Verwaltungsrechtsprechung</b>	<b>246</b>
I. Zivilrechtliche Konzeption eines Ermessens- und Pflichtbereichs der Verwaltung .....	247
1. Konstruktion einer behördlichen Verpflichtung im Ermessensbereich	247
2. Pflicht- und Ermessensbereich in der Amtshaftungsrechtsprechung ..	248
II. Verwaltungsrechtliche Konzeption einer Ermessensreduktion auf Null ..	249
1. Figur der Ermessensreduktion auf Null .....	249
2. Ermessensreduktion auf Null in der Verwaltungsrechtsprechung ....	250

III. Kritischer Vergleich beider Konstruktionen einer Verpflichtung der Verwaltung .....	251
1. Bewertung der zivilgerichtlichen Auffassung .....	252
2. Bewertung der verwaltungsgerichtlichen Dogmatik .....	253
3. Ergebnis des Vergleichs .....	254
<b>§ 22 Besonderheiten von Rechtsgrundlagen und Inhaberschaft des materiellen Ermessensanspruchs .....</b>	<b>255</b>
I. Verwaltungsrechtlicher Begründungsansatz über die Schutznormtheorie ..	255
II. Verfassungsrechtliche Begründungsmöglichkeiten über die Grundrechte ..	256
1. Ablehnung eines direkten grundrechtlichen Anspruchs .....	256
2. Existenz eines subsidiär geltenden grundrechtlichen Schutzanspruchs .....	257
a) Grundrechtsdogmatische Ableitung eines materiellen subjektiv öffentlichen Rechts .....	258
b) Systematische Einordnung der rechtswissenschaftlichen Beiträge ..	260
c) Anmerkung zur praktischen Bedeutung einer grundrechtlichen Anspruchs begründung .....	261
3. Grundrechte in ihrer Funktion als Auslegungsdirektiven des Gesetzesrechts .....	262
a) Staat-Bürger-Beziehung als Rechtsverhältnis .....	262
b) Möglichkeit eines grundrechtlichen Anspruchs auf behördliches Tätigwerden .....	263
4. Folgenbeseitigungslast und Selbstbindung der Verwaltung .....	264
III. Zusammenfassung .....	265
<b>§ 23 Der Anspruch auf bestimmte Ermessensentscheidung als Symptom der Intensivierung verfassungsrechtlicher Bindungen .....</b>	<b>265</b>
I. Intensive Einwirkung und Umsetzung verfassungsrechtlicher Vorgaben ..	266
II. Verfassungsrechtliche Verstärkung der Subjektivierungsidee .....	267
 3. Abschnitt  	
<b>Vergleich der Entwicklungen von formellem und materiellem Ermessensanspruch</b>	268
<b>§ 24 Gegenüberstellung der Entstehungsgeschichten .....</b>	<b>268</b>
I. Gemeinsamkeiten beider Entwicklungen .....	268
1. Ähnlichkeit der zeitlichen Entwicklungsphasen .....	269
2. Ähnlichkeit der Initiativkräfte der Entwicklungen .....	270
3. Ähnlichkeit der Anspruchs begründungen .....	271
4. Zusammenfassung .....	272
II. Unterschiede der beiden Entwicklungen .....	272
1. Unterschiedlicher Zeitpunkt der Anerkennung .....	272
2. Unterschiedliche Bedeutung des prozessualen Aspekts .....	273

3. Unterschiedliche Argumentation bei der grundrechtsunmittelbaren Ableitung .....	275
4. Unterschiedliche Intensität der Diskussionen um die Entwicklung der beiden Ansprüche .....	275
5. Zusammenfassung .....	279
III. Zwangs- und Gegenläufigkeiten in der Entstehung von formellem und materiellem subjektiv öffentlichen Recht .....	279

*4. Teil*

**Zukunftsperspektiven der Subjektivierung** 281

<b>§ 25 Weiterentwicklung der Subjektivierung</b> .....	281
I. Konsolidierung der subjektivierten Ermessensdogmatik .....	281
II. Prognose eines Wandels der deutschen Ermessenslehre .....	283
<b>§ 26 Veränderungsdruck und Veränderungschancen</b> .....	284
I. Besonderheit der deutschen Ermessenslehre im gemeinschaftsrechtlichen Vergleich .....	285
1. Charakteristika der deutschen Ermessensdogmatik .....	286
2. Wesen der europarechtlichen Ermessenslehre .....	286
3. Merkmale der Ermessenslehren anderer europäischer Mitgliedstaaten .....	288
4. Ursachen der Eigenartigkeit der deutschen Ermessenslehre .....	290
II. Veränderungsdruck durch Rechtsvereinheitlichung .....	292
III. Veränderungschancen für die deutsche Ermessensdogmatik .....	294

*Resümee*

**Zusammenfassung und Schlussgedanke** 297

<b>Rechtsprechungsverzeichnis</b> .....	300
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	306
<b>Personen- und Sachwortverzeichnis</b> .....	327